

2.2

Zur Burgerschaft von Baltschieder

von Peter Margelist

I. Geschichtliches zur Entstehung

Die Burgerschaft von Baltschieder dürfte unter der Regierung des Bischofs Bonifaz von Challant 1290—1308, durch Lostrennung von der Zendenburgerschaft Visp, entstanden sein. Das ergibt sich aus dem Studium der Landratsboten, welche um 1284 nur aus Vispern, 1335 aber auch von den Burgerschaften Baltschieder, Lalden, Eyholz, Zeneggen und Terminen (Visperterminen) waren. Da sich aber alle diese Burgerschaften gleichzeitig von Visp lösten und Terminen schon um 1300 als selbständige Burgerschaft und Eyholz um 1305 als solche auftritt, muss die Loslösung vor diesem Datum erfolgt sein.¹⁾ Man nimmt heute mit grosser Sicherheit an, dass sich die politische Gemeinde im Wallis seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts entwickelt hat, doch bereits vorher bestand die wirtschaftliche Gemeinde.²⁾

II. Die Burgerschaft Baltschieder

Die ältesten Gemeindestatuten der Burgerschaft von Baltschieder gehen zurück auf den 14. November 1470.³⁾ Aus dieser Urkunde kann man jedoch schliessen, dass bereits frühere Satzungen, wenn auch nur mündliche Abmachungen, vorhanden waren, wie dies aus dem Art. 2 hervorgeht: «Wie bisher üblich wählen sie jährlich Hüter oder Gewaltshaber, um die Angelegenheiten der Gemeinde zu führen.» Wie weit die Burgerschaft zurückgeht, lässt sich mit Bestimmtheit nicht nachweisen. Doch vor dem Jahre 1470, als die Bürger die ersten Satzungen schriftlich niederlegten, bestand in Baltschieder eine Bauernzunft (Burgerschaft), und zwar nicht nur mit rein wirtschaftlichen Funktionen, sondern auch mit rechtlicher Stellung. In einem Streit zwischen der Gemeinde Visp und der Gemeinde Baltschieder spricht der Landeshauptmann, in einem Urteil

1) Heldner Paul, Geschichte und Chronik von Baltschieder, Visp 1971, S. 27.

2) Julien Thomas, Das Bürgerrecht im Oberwallis, Naters 1978, S. 19.

3) Gemeindearchiv Baltschieder, B 1 (Inventar B bis H erstellt durch Dionys Imesch, 1924).

vom 23. Juli 1404⁴), Baltschieder von der Verpflichtung frei, am Bau der Visperbrücke beizutragen. Damit wird die Gemeindeautonomie von höchster Stelle aus anerkannt. Die älteste Urkunde des Gemeindearchivs von Baltschieder vom 1. September 1381 besagt⁵), dass man sich in der Matte des Martin Nigri versammelt habe, um einer Geteilschaft das Recht zu geben, eine Wasserleite vom Bache «Horga» durch den Ranft bis an den Bischofsberg (Ausserberg) zu führen. In derselben Urkunde werden die Entschädigungsbedingungen und Aufnahmebedingungen dargelegt.

III. Das Bürgerrecht

A. Erwerb

In den Statuten von 1479 standen folgende Bestimmungen über den Erwerb des Bürgerrechts⁶):

Erwirbt ein Auswärtiger (Fremder oder Nicht-Bürger) durch Kauf, Heirat mit einer Bürgerin oder durch Erbschaft Grund und Boden in der Gemeinde, so soll er um das Bürgerrecht nachsuchen. Hatte jemand während den letzten vier Jahren Gut in der Gemeinde erworben, so bestand für ihn die zwingende Bestimmung, das Gesuch um den Erwerb des Bürgerrechtes zu stellen. Weigerte sich jemand, diese Vorschrift anzunehmen, so konnte ihm die Bürgergemeinde alle öffentlichen Nutzungen vorenthalten. Die Einkaufsgebühren richteten sich je nach Wert der Liegenschaften, die der Betreffende besass. Vier rheinische Gulden musste jemand bezahlen für eine Liegenschaft im Werte bis zu 100 Pfund, bei einem Mehrwert von den ersten 100 Pfund wiederum vier rheinische Gulden und für jedes folgende 100 Pfund einen rheinischen Gulden.

In einer späteren Urkunde vom 13. März 1827⁷) wurden «60 Taler kabithal vnd ein gemeinter thrunk samt brot vnd kes» als Bedingung für die Aufnahme ins Bürgerrecht gestellt. Ob zu dieser Zeit Grundbesitz in der Gemeinde ebenfalls zur Bedingung gehörte, lässt sich nicht feststellen, jedoch ist anzunehmen, dass dies stillschweigend vorausgesetzt wurde.

4) Gemeindearchiv Baltschieder, E 2.

5) Gemeindearchiv Baltschieder, E 1.

6) Gemeindearchiv Baltschieder, B 3.

7) Gemeindearchiv Baltschieder, R 27 (Inventar K bis R erstellt durch H. A. von Roten, 1963).

B. Verlust

Verkauft jemand alle seine erworbenen Güter auf dem Gebiete der Gemeinde Baltschieder, dann scheidet er aus dem Bürgerrecht aus.⁸⁾ Dass aber das Bürgerrecht bereits schon durch undiszipliniertes Verhalten verlustig ging, ersehen wir aus den Satzungen der Bauernzunft von Reckingen, wo den Burgern, die aus den Gemeindeversammlungen ausplaudern, was «sie unfälschlich verschwiegen sollent», der Verlust des Bürgerrechts angedroht wird.⁹⁾

C. Nutzniessung

Ein jeder Bürger hatte die Nutzniessung an den gemeinsamen Alpen, Wäldern und Gütern, die die Burgerschaft besass. Die Rechte, die die Bürger in bezug auf die Alpen hatten, wurden genau umschrieben, wie dies in den Alpsatzungen bestens zum Ausdruck kommt, die die Gemeinde Baltschieder mit Milachern und Eggen und mit Ausserberg und an den Gründen 1527 vereinbarten.¹⁰⁾ Dass die Bürger auch Boden im Dorfe Baltschieder besaßen, geht aus einer Urkunde vom 6. März 1525¹¹⁾ hervor, wo die Gewaltshaber von Baltschieder an Johann, Sohn des Nicodus Heynen, ein Stück Boden zur Verfügung stellten, damit dieser daselbst eine Sägerei errichten konnte. Als Gegenleistung musste sich Johann Heynen verpflichten, für die Bürger ein Klafter Holz zum Preise von einem Gross (ein Gross entspricht einem Groschen¹²⁾ zu sägen und für die übrigen Leute je nach Gebrauch. Hier wurde in den Kaufvertrag ein Privileg für die Bürger miteinbezogen, das ihnen zu billigeren Bedingungen verholfen hatte. Im Gegensatz zu anderen Burgerschaften hat in Baltschieder ein Bürger erst dann Anrecht auf die Nutzniessung, wenn er den sogenannten Anerkennungstrunk der Burgerschaft spendiert hat. Dies geht aus den Bedingungen für die Bürger-Aufnahme des Adrian Walden vom Jahre 1827 hervor: « . . . ist ehr angenommen worden ein gemeinter thrunk samt brot vnd kes vnd 60 Taler kabithal . . . »¹³⁾ Aber auch ein Bürger, der das Bürgerrecht von seinem Vater erbt, hat erst Anspruch auf Nutzniessung nach dem «Anerkennungstrunk», und er kann die Bürger erst dann zum Anerkennungstrunk laden, wenn er einen eigenen Herd besitzt. Eine Ausnahme besteht für den jüngsten Sohn, der keine Verpflichtung hat, einen Anerkennungstrunk der Burgerschaft zu offerieren, um die Nutzniessungsrechte zu erlangen; jedoch steht ihm die Nutzniessung erst dann zu, wenn beide Elternteile tot sind. Dieser Regelung über den Anerkennungstrunk lebt man noch heute mit grossem Interesse nach!

8) Gemeindearchiv Baltschieder, B 3.

9) Carlen Louis, Gericht und Gemeinde im Goms, Freiburg 1967, S. 224.

10) Gemeindearchiv Baltschieder, C 7.

11) Gemeindearchiv Baltschieder, D 3.

12) Julien, a.a.O., S. 257.

13) Gemeindearchiv Baltschieder, R 27.

D. Ehrenburgerrecht

Urkundlich lässt sich die Verleihung eines Ehrenburgerrechtes in der Burgerschaft Baltschieder nicht nachweisen. Am 11. Dezember 1977 wurde erstmals ein solches an Walter Henzen, alt Präsident der Gemeinde Baltschieder, verliehen.

IV. Rechte und Pflichten der Bürger

A. Rechte der Bürger

In ihren Anfängen fehlt es der Burgerschaft Baltschieder an politischer Akzentuierung. Das beweisen die ersten Gemeindestatuten von 1470, die rein wirtschaftliche Belange regelten.¹⁴⁾ Es wird den Bürgern darin ausdrücklich das Recht zugesprochen, fremdes Vieh aus ihren Gütern zu treiben, unter der Strafe, die bisher üblich war. Neben dem Recht auf Nutzniessung stand ihnen das Recht der gegenseitigen Hilfe und der Schutz der Burgerschaft zu, sowie in all ihren Belangen frei und nach ihrem Dafürhalten zu entscheiden. 1588 wird jedem Bürger das Recht zugesprochen, die für seinen eigenen Gebrauch notwendigen Dachblatten sich aus dem Dachblattensteinbruch zu verschaffen, der der Burgerschaft gehört.¹⁵⁾

B. Pflichten der Bürger

Als oberste Pflicht der Bürger kann man den Art. 1 der Bürgerstatuten vom 24. Mai 1479 aufführen, der heisst: «Die Bürger sind verpflichtet, sich gegenseitig in allen rechten und gerechten Sachen zu helfen.»¹⁶⁾ Daneben gab es eine Reihe von Verpflichtungen, die hauptsächlich in der gemeinsamen Arbeit bestanden. Die Gewaltshaber, oder Hüter, wie sie hier auch heissen, «haben das Recht, die Bewohner zu Tagen und Tagwerken für die Gemeinde zu berufen, so oft sie es für nötig erachten».¹⁷⁾ Ein jeder hatte zum Tagwerk (Gemeinwerk) morgens früh zu erscheinen, «wenn die Sonne an den Russ zum Hause des Hans Trinon scheint»¹⁸⁾, was etwa einer Zeit zwischen 7.30 Uhr und 8.00 Uhr für den Sommer und zwischen 9.00 und 9.30 Uhr für den Spätherbst entspricht. Nichterscheinen oder Verspätung eines Bürgers wurde jeweils mit Busse bzw. mit Abzug der angerechneten Tagwerken bestraft.

14) Gemeindearchiv Baltschieder, B 1.

15) Gemeindearchiv Baltschieder, B 4.

16) Gemeindearchiv Baltschieder, B 3.

17) Gemeindearchiv Baltschieder, B 1.

18) Gemeindearchiv Baltschieder, B 1.

Durch die Statuten von 1479 bestand in Baltschieder praktisch eine Zwangsbürgerschaft, das heisst, dass, mit Ausnahme von kürzeren Zeitabschnitten, niemand im Dorfe wohnsässig war, der nicht auch zugleich Bürger war. Im Gegensatz zu anderen Bürgerschaften, wie etwa in Reckingen¹⁹⁾, wo die Nichtbürger zu Steuern herangezogen wurden, bestand hier eine Steuerpflicht für alle Bürger. Es lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob eine jährliche oder nur eine periodische Steuerpflicht bestand. Sicher ist jedoch, dass bei grösseren Arbeiten der Bürgerschaft, die Bürger zu Steuern herangezogen wurden, und dass Steuersünder recht bildhaft bestraft wurden, wie dies aus einer Urkunde vom 29. Mai 1621 hervorgeht: «Der Landeshauptmannstatthalter Sebastian Zuber bevollmächtigte die Gewaltshaber von Baltschieder, die Güter derjenigen, welche die Steuer für die dieses Jahr erbaute Brücke nicht entrichtet haben, mit Kreuzen zu bezeichnen, bis sie ihren Verpflichtungen nachgekommen.»²⁰⁾ Aus einem Verzeichnis von 1554 werden Personen von Baltschieder aufgeführt, die dem Bischof Steuern schulden; der Steuereintreiber war der Priester Franciscus de Platea.²¹⁾

V. Organisation der Bürgerschaft

A. Gewaltshaber

Die Gewaltshaber werden in Baltschieder auch Hüter genannt.²²⁾ Man kann, in bezug auf ihre Pflichten, doch daraus schliessen, dass ihnen eher die Funktion eines Hüters, im heutigen Sinne eines Flurhüters oder Gemeindeaufsehers, zukam, als diejenige eines Gewaltshabers. Doch schon 1472 wird die Funktion des Gewaltshabers näher umschrieben, nämlich als die Gemeinde eine Reihe von 18 Gewaltshabern wählte, «um ihre Rechte in und ausser Gericht zu verteidigen».²³⁾ Es ist nicht ganz klar, warum man 1472 soviele Gewaltshaber wählte, doch kann man die Vermutung aufstellen, dass die Bürger es als notwendig erkannten, soviele Vertreter zu haben, um ihre Interessen in dem Alpstreit «Breitwang» geltend zu machen. Dies eine Alpe²⁴⁾, die die Leute des Berges Eggen

19) *Briw* Adolf, Reckingen, BWG VII (1930), S. 49: «. . . und ein jeder Insass, der nit Burger ist, soll jährlich bzahlen für die gemein Sachen 4 Pfundt, . . .»

20) Gemeindearchiv Baltschieder, E 11. Ueber das Kreuz als Pfändungssymbol vgl. Carlen Louis, Das Kreuz als Rechtssymbol in Turtmann, Schweizer Volkskunde 53 (1963), S. 101f.

21) Gemeindearchiv Baltschieder, F 2.

22) Gemeindearchiv Baltschieder, B 1.

23) Gemeindearchiv Baltschieder, B 2.

24) Gemeindearchiv Baltschieder, C 2.

(Eggerberg) vom Ritter Anton, Sohn des Ricardi von Simplon 1319 gekauft hatten, und weil der damalige Notar die Grenzen nicht genau umschrieb, ein Grenzstreit entstand, der bis nach Rom getragen wurde.²⁵⁾

Gemäss Bürgerstatuten wählte man jährlich zwei Gewaltshaber. Es bestand die Pflicht, das Amt anzunehmen. Nach Ablauf einer Amtsperiode waren sie, im Falle einer Wiederwahl, während drei Jahren nicht mehr verpflichtet, das Amt anzunehmen.²⁶⁾

B. Burgerversammlung

Versammlungen konnten an verschiedenen Orten stattfinden. So etwa 1381 in der Matte des Martin Nigri²⁷⁾, oder in Visp auf der Visperbrücke beim Gebetshäuschen des hl. Jakobus²⁸⁾, oder 1527 Visp «uf dem Erb», oder 1588 Baltschieder bei der Kapelle²⁹⁾, oder 1599 Baltschieder vor der Kapelle.³⁰⁾

Seit dem 8. März 1636 werden die Versammlungen im Gemeindehaus abgehalten.³¹⁾

In den Versammlungen legte man grossen Wert auf Einstimmigkeit. Bei Abstimmungen über irgend welche Beschlüsse genügte das absolute Mehr nicht, sondern man verlangte, dass zwei Drittel einig sein müssen, und wenn dies der Fall ist, dann soll der andere Drittel den Beschluss anerkennen.³²⁾

VI. Schlussbetrachtungen

Während vielen Jahrhunderten prägte die Burgerschaft das politische und wirtschaftliche Leben in Baltschieder. Die Umwälzung der Französischen Revolution, der Sturz des Ancien Régime, die Verkündung des Gleichheitsprinzips und damit der Einheitsverfassungen brachten einen Einbruch ins schweizerische Gemeinderecht. Am 13. November 1798 wurde ein allgemeines Gemeindegesetz erlassen, das neben der alten Bürgergemeinde, die als Armenunterstützung bestehen blieb, die Einwoh-

25) Gemeindearchiv Baltschieder, C 5.

26) Gemeindearchiv Baltschieder, C 3.

27) Gemeindearchiv Baltschieder, E 1.

28) Gemeindearchiv Baltschieder, C 7.

29) Gemeindearchiv Baltschieder, B 4.

30) Gemeindearchiv Baltschieder, D 8.

31) Gemeindearchiv Baltschieder, D 9, D 10.

32) Gemeindearchiv Baltschieder, B 3.

nergemeinde schuf.³³⁾ Die eidgenössische Verfassung vom 12. September 1848 verzichtet auf das Prinzip der Heimatgemeinde zugunsten der Einwohnergemeinde.³⁴⁾ Im Wallis wurden diese neuen Ideen durch das Gesetz über die Gemeindeverwaltung vom 2. Juni 1851 zu ihren Konsequenzen geführt. Dieses Gesetz ist noch heute in Kraft, wird aber in absehbarer Zeit durch ein neues ersetzt, das denn auch der Abänderung der Kantonsverfassung vom 28. September 1975 Rechnung trägt. In dieser Volksabstimmung wurde eine Abänderung der Art. 69 bis 83 und 89 der Kantonsverfassung vom 8. März 1907 zugestimmt. In Artikel 82 der Verfassung wurde neu der Grundsatz verankert, dass die Burgerversammlung berechtigt ist, die Bildung eines getrennten Burgerrates zu verlangen und zwar am Ende einer Verwaltungsperiode. Im Artikel 70 der alten Verfassung war dies nur möglich, wenn die Zahl der Nichtburger wenigstens die Hälfte der Urversammlung bildete, oder der Rat zur Hälfte aus Nichtburgern bestand. Mit dieser Verfassungsänderung wurde ein bedeutender Schritt für den Weiterbestand der Burgerschaften getan. Damit unterstreicht die Kantonsverfassung die Bedeutung der aus altem Gewohnheitsrecht erwachsenen und sich während Jahrhunderten, allen Anfeindungen zum Trotz, bewährten Burgergemeinde.³⁵⁾

Nicht nur durch diese Neubewertung der Burgerschaften durch die Kantonsverfassung, sondern vielmehr dadurch, dass sich die Burgerschaften an öffentlichen Werken, mit sozialem oder wirtschaftlichem Zweck, beteiligen, zeugt von der Bedeutung der Burgerschaften und von ihrer grossen Wichtigkeit für das gesamte öffentliche Wohl. Und gerade hier kommt auch heute noch der Burgerschaft von Baltschieder eine grosse Aufgabe zu.

³³⁾ Carlen Louis, Rechtsgeschichte der Schweiz, Bern 2 1978, S. 63f.

³⁴⁾ Ghika G. und Truffer B., Gemeinde und Bürgerschaft im Wallis, WJB 1967, S. 23f.

³⁵⁾ Julen, a.a.O., S. 7.